

organisation gegen die Sozialisierung zusammengeschlossen. Sie werden uns in der durch Inserate gefügig gemachten Presse mit allen Mitteln bekämpfen. Wir werden mit ihnen in allen gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften zusammenstoßen. Wir müssen aber den Kampf aufnehmen. Wir müssen dem Bund der kapitalistischen Nutznießer einen Volksbund für Wohnungs- und Bodensozialisierung entgegenstellen. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende Müller schlägt vor, die Diskussion über die beiden Referate zu vertagen. (Zustimmung.)

Die Delegierten werden ersucht, beim Verlassen des Saales die Wahlgatteln für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission abzugeben.

Genosse Restriepke-Wilmersdorf hat um Mitteilung folgender Erklärung gebeten:

Meine Ausführungen vom 14. Oktober enthalten die Frage an den Genossen Wissell, weshalb er, ein Befechter der Planwirtschaft, den Ansätzen zur Durchorganisation der Wirtschaft, wie sie in der Kriegszwangswirtschaft von Leber und Schuhwerk gegeben war, nicht fortgeführt hat. Ich habe mich inzwischen überzeugt, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft gegen den Widerspruch des Genossen Wissell und erst nach seinem Rücktritt erfolgt ist. Meine Kritik an diesen Maßnahmen trifft deshalb nicht den Genossen Wissell.

Die Sitzung wird um 6½ Uhr geschlossen.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 16. Oktober 1920, vormittags 9 Uhr.

Der Vorsitzende Müller eröffnet die Sitzung.

Zunächst erhält als Vorsitzender der Mandatsprüfungskommission zum Bericht über die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission das Wort

Brotat: Das Resultat der Wahl für den Parteivorstand ist folgendes: Abgegeben wurden 330 Stimmzettel; alle waren gültig. Es haben Stimmen erhalten: Hermann Müller 327, Otto Weis 309, Friedrich Bartels 330, Otto Heinrich 325, Wilhelm Pfannkuch und Hermann Mollenbuhr je 328, Marie Judacz 312, Dr. Adolf Braun 316, Franz Krüger 262, Johann Sielling 313. Als Beisitzer: Richard Fischer 329, Otto Frank 326, Karl Hildenbrand 327, Adolf Ritter 326, Elfriede Rhynd 321 und Heinrich Schulz 312 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: die Genossen Luisa Schröder 9, Fehlich, Frau Bohm-Schuch, Gustav Bauer, Leuterich, Wissell, Schöpflin, Meerfeld je 2, Bauer-Altona, Loebe, Dieker, Miß und Sölmann je 1.

Das Resultat der Wahl für die Kontrollkommission ist folgendes: Abgegeben wurden 325 Stimmen, davon waren 9 ungültig. Es haben Stimmen erhalten: Genosse Brühne 303, Loebe 282, Brey 280, Hengsbach 275, Pinfau 261, Fischer 248, Helene Grünberg 212, Müller und Schönfelder je 212, Ströbel 140, Vollmann 131, Körner 127 und Sug 125. Die ersten neun Genossen sind somit gewählt.

Vorsitzender Müller: Sie haben den Bericht über die Wahlen gehört. Gestatten Sie mir dazu einige Bemerkungen. Unter den in den Parteivorstand Gewählten befindet sich nicht mehr der Genosse Braun, der hoffentlich noch auf

lange Zeit preussischer Ministerpräsident ist. Das geschah auf Wunsch von Otto Braun selbst. Wir haben uns in einer Sitzung des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes mit der Frage des Verbleibens der Genossen im Parteivorstand, die in Ministerstellen berufen werden, beschäftigt. Sie werden sich erinnern, daß auf dem Parteitag in Weimar die damals in Ministerstellungen befindlichen Genossen trotzdem in den Parteivorstand gewählt worden sind. Auf Grund der praktischen Erfahrungen sind wir aber dahin übereingekommen, Ihnen vorzuschlagen, diesen Brauch nicht mehr anzuhalten. Der Parteivorstand muß der Reichsregierung und der preussischen Regierung gegenüber völlig freie Hand haben (Sehr richtig!), um so mehr, da wir es ja zunächst wenigstens nur mit Koalitionsregierungen zu tun haben werden. Wir hoffen, daß der Ausgang der preussischen Wahlen so sein wird, daß unsere preussischen Genossen in der preussischen Regierung bleiben, weil wir das im Interesse der weiteren Durchführung der Demokratisierung Preußens für unbedingt erforderlich halten. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe nur grundsätzlich zu bemerken, daß für den Fall, daß ein früheres Mitglied des Parteivorstandes aus der Regierung ausscheiden sollte, nach Ansicht des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und des Parteivorstandes dahin Vorfrage getroffen werden soll, daß diesem auscheidenden Mitglied nach Anhörung dieser Körperschaften und mit seiner Uebereinstimmung Gelegenheit gegeben werden soll, seine Tätigkeit im Parteivorstand fortzusetzen. (Bravo!) — Wird zu meiner Erklärung das Wort gewünscht? — Wenn das nicht geschieht, stelle ich fest, daß der Parteitag mit meinen Ausführungen einverstanden ist.

Darauf erhält als Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission das Wort

Brotat: Die Mandatsprüfungskommission hatte sich mit einem Beschwerverfall, der den Genossen Hohnrath-Nachen betraf, zu beschäftigen. Die Vergehen, die dem Genossen Hohnrath zum Vorwurf gemacht werden, liegen bis zum Jahre 1916 zurück. Das erste Verfahren gegen ihn wurde im Jahre 1918 eingeleitet. Es haben mehrere Schiedsgerichte oder Bezirkskommissionen getagt. Das letzte Schiedsgericht tagte am 12. April dieses Jahres unter dem Vorsitz des Genossen Leberenz-Krefeld. Es fällte über den Genossen Hohnrath ein Urteil wegen seiner Vergehen, die darin beruhen, daß er erstens als Angehöriger der Parteiorganisation sich geschäftliche Manipulationen hat zuschulden kommen lassen, die einer Kritik nicht standhalten, und daß er zweitens ohne Auftrag der Parteiorganisation dem französischen Kommandanten der Besatzungsgruppen gegenüber sich dazu hat hinreichend lassen, im Namen der Partei eine Erklärung über den Anschluß einer selbständigen Rheinlandrepublik an Frankreich abzugeben. (Hört! Hört!) Ich möchte dem Parteitag nur das unterbreiten, was der Genosse Hohnrath an den Genossen Ebert geschrieben hat. Er schreibt:

Ich möchte namens der Sozialdemokratischen Partei erklären, daß wir uns gegen die Pläne der Selbstdignmachung der Rheinlandrepublik mit allen Mitteln wehren werden. Wir erstreben die einige deutsche Republik, nicht ein Deutschland, das in eine Anzahl Einzelrepubliken aufgelöst sei. Ein so aufgelöstes Deutschland würde der Rejonanzboden aller Reaktionen werden. Wir hätten das alte Regime gestürzt, die Liquidation des Krieges in die Hand genommen und wären bereit, alle Konsequenzen zu tragen, die uns der kommende Friede auferlegt. Wir wären bereit, erneut in Mat und Tod zu gehen für das neue freie Deutschland. Kein Fürst dürfte je mehr in die Lage kommen, in Deutschland oder einem Teile desselben eine Kabinettspolitik zu treiben. Die großdeutsche Republik sei unsere Lösung.